

Wirtschafts- und Lohnpolitik

Curtius und Brauns vor dem Reichstag.

Ankündigung der Verwaltungsreform.

10. Berlin, 1. Dezember.

Man hatte viel erwartet von der heutigen Reichstags-Sitzung, mehr, als sie nachher brachte. Von den Sozialdemokraten war eine Anfrage über Wirtschaftspolitik und Konjunkturaussichten eingebracht worden. In allen Ecken flüsternde und sagte man, es werde aus dieser Anfrage eine gewaltige Abrechnung zwischen der Linken und der herrschenden Regierungsmehrheit entstehen. Davon aber war nicht die Rede. Und auch das Interesse der Volksboten schien im Anfang kaum wesentlich angeregt. Als der sozialdemokratische Redner **Aufhäuser** sich auf der Tribüne zeigte, klangen weite Läden in den Wänden und seine weit anklingenden Ausführungen, in denen er im wesentlichen Erhöhung der Löhne und dadurch Stärkung des Binnenmarktes forderte, blieben ohne besondere Wirkung. Nur als Aufhäuser sich in direkten, mitunter fast die Grenze der Möglichkeit streifenden Angriffen auf den Reichsbankpräsidenten **Dr. Schacht** erging, erscholl links und links wiederholtes Beifallsgeräusch.

Zur Entgegnung erhob sich auf der Regierungsbank sofort Reichswirtschaftsminister **Dr. Curtius**, der zunächst die praktischen Möglichkeiten umriss, wie der deutschen Wirtschaft zu helfen sei. Er fand sie nicht in einer einseitigen Lohnpolitik, wenn er auch berechnete Klagen anerkannte, auch nicht in dem bösen Willen des Reichsbankpräsidenten **Schacht**, sondern in dem guten Willen von allen Seiten, einträchtig zusammenzuarbeiten, um so im Innern und auch vor dem Auslande in Ehren bestehen zu können. Der Minister brachte ausführliches, praktisches Zahlenmaterial vor, das er in Gegensatz stellte zu leicht von der Leidenschaft übersteigerten Behauptungen. Auf die Lohn- und Arbeitszeiterfordernisse, die in der sozialdemokratischen Interpellation ebenfalls stark hervorgehoben wurden, lenkte Reichsarbeitsminister **Dr. Brauns** seine Aufmerksamkeit und gab Aufschlüsse über die Leistungen der deutschen Sozialpolitik in den letzten Jahren. Die Reichsregierung habe sich immer bemüht, hier soweit wie möglich zu gehen. Mehr als das Mögliche könne niemand verlangen, der es aufrichtig mit dem Aufstieg der gesamten Nation, nicht dieses oder jenes Teiles nur, meine. Und so müsse man weiter arbeiten, oben und unten, dann erst werde man den wünschenswerten Zielen nahe kommen.

Nach den beiden Ministerreden ließ die Spannung der Sphäre merklich nach und es begann die lange Reihe der Diskussionsreden. Morgen wird sie fortgesetzt.

Sitzungsbericht.

(348. Sitzung.) CB. Berlin, 1. Dezember.

Ein kommunistischer Antrag über Ansetzung des Strafverfahrens gegen verschiedene kommunistische Abgeordnete wegen Vorbereitung zum Hochverrat bis zum Ende der Wahlperiode wurde dem Geschäftsauswahlausschuss überwiesen. Auf der Tagesordnung stand dann die sozialdemokratische Interpellation über

die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung.

Das Haus einigte sich dahin, die Interpellation über die Notlage im Aachener Gebiet, im Rheinland und in der Pfalz sowie die Interpellation über die Verkehrspolitik im Osten am Sonnabend besonders zu behandeln.

Abg. Aufhäuser (Soz.) begründete die sozialdemokratische Interpellation und wies darauf hin, daß die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Konjunktur durch verschiedene Maßnahmen der Wirtschaftspolitik der Reichsregierung bedroht sei. Neue Erschütterungen der Wirtschaft durch bittere Teuerung, Senkung der Reallohn, Erschwerung der Lebenshaltung aller Konsumenten und Steigerung der Not der Rentner seien unausbleiblich, wenn nicht unverzüglich Maßnahmen getroffen würden, um ein weiteres Ansteigen der Preise zu verhindern und die Erhöhung der Einkommen zu fördern. Der Redner wies darauf hin, daß das Reich die niedrigsten Löhne zahle. Der Redner beantragt Erhöhung der Leistungen der Angestellten- und der Invalidenversicherung. Die gegenwärtigen Soziallasten seien keineswegs zu hoch. Besonders bedenklich sei die Plünderung von Kriegsklassen der Unternehmer, die mit diesem Kampffonds die Inflation durch die Verordnung des Reichsarbeitsministers über das Dreifachstufenlohn verhindern wollen. Die vom Reichswirtschaftsminister versprochene Senkung der Zölle werde bewußt von den Geheimräten des Ministeriums sabotiert. Die vom Reichsbankpräsidenten ent-

verhängnisvolle Antileihediffusion

habende das Vertrauen des Auslandes zu unserer Produktionskraft erschüttert. **Dr. Schacht** habe im Interesse der Unternehmer gehandelt.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius

geht zunächst auf das Problem der Auslandsverschuldung ein. Er stellt Sicherheit und produktive Verwendung der bisherigen Auslandsdarlehen fest und erklärt, daß von einer Inflation, wenn auch nur gleichsam gesprochen, nicht die Rede sein könne. Für

die Antileihediffusion der Kommunen

fordert er Einführung in die Gesamtwirtschaft und Gemeinschaftsarbeit mit der Reichsregierung. **Pracht** und **Berschwenduna** müssen wegen des schlechten Beispiels **nahe** und wegen des jauren **nahe** **augen** **ver-** **mieden** werden. Die historische Ausgabe, die Zwangslage der Kommunen, produktive Verwendung und Sicherheit der Anleihen müssen aber trotz dieser Bedenken an-

maras sich an Russland und Deutschland um militärische und diplomatische Hilfe gewandt habe. Auch als Gegenleistung für seine Hilfe die Räumung des Memelgebietes versprochen habe.

Litauen veröffentlicht den Notenwechsel über die Wilna-Frage.

Kowno, 2. Dezember. Die litauische Regierung hat, wie Ministerpräsident **Woldemaras** ankündigte, den Notenwechsel mit Polen und den Westmächten über die Wilna-Frage veröffentlicht, indem Litauen seine Ansprüche auf Wilna aufrecht erhält und die Hoffnung ausdrückt, daß es ihm gelingen wird, Wilna auf friedlichem Wege zurückzuerlangen.

Zwischenfall in der belgischen Kammer.

Brüssel, 2. Dezember. In der Schlussdebatte zur Regierungserklärung am Donnerstag kam es in der belgischen Kammer zu einem Zwischenfall, als der flämische Deputierte **Declercq** erklärte, Belgien müsse gestört werden. Der Kammerpräsident wandte sich scharf gegen den Deputierten, worauf dieser wieder erklärte, daß dem Präsidenten nicht das Recht zustehe, die freie Meinungsäußerung eines Volksvertreters zu kritisieren. Der Kammerpräsident wies auf seine Liebe für das belgische Vaterland hin, was den flämischen Abgeordneten wieder zu den Worten veranlaßte: Unser Vaterland ist Flandern, nicht Belgien.

erkannt werden. Die politische Seite der Auslandsverschuldung birge gewisse Gefahren. Dem stünde gegenüber, daß, weltwirtschaftlich gesehen, die Verbindung zwischen der Kapitalkraft der Vereinigten Staaten von Amerika und der Arbeitskraft des deutschen 70-Millionen-Volkes ein glückliches Ereignis sei. Übergend zu den Maßnahmen der Reichsregierung auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik erörterte der Reichswirtschaftsminister darauf

die Kartellfrage.

Er kam zu dem Ergebnis, daß zu einer grundsätzlichen Änderung der Kartellpolitik mindestens solange keine Veranlassung vorliege, als nicht die Untersuchungsergebnisse klar sind. An der Kartellfrage

werde die Regierung festhalten. Sie sei auch bestrebt, in erster Linie Zollsenkungen durch Gegenleistung in Handelsverträgen herbeizuführen. Auf dem Gebiete der Zins-, Kapital- und Kreditpolitik stelle der Minister eingehend die Gemeinschaftsarbeit zwischen Reichsbank und Reichsregierung zur Verbilligung des Kredits,

zur einheitlichen Bewirtschaftung der öffentlichen Gelder sowie in der Führung der Beratungsstelle und im Reparationspolitischen Ausmaß der Reichsregierung dar.

Der Minister betonte weiter, daß alle Maßnahmen wirkungslos blieben, falls es nicht gelänge,

die große Reichsreform

durchzuführen. Die Reichsregierung habe Verfassungs- und Verwaltungsreform aus der Theorie in die Praxis übergeführt. Nach dem Programm für die Ministerpräsidentenkonferenz im Januar 1928 sei die Reichsregierung entschlossen, Maßnahmen zur Gewährleistung härtester Finanzwirtschaft und praktischer Einzelarbeit in der Verwaltungsreform vorzuschlagen und durchzuführen. Die Stunde zum Handeln habe geschlagen, man dürfe die Dinge nicht länger treiben lassen.

Gegenüber Feststellungen der Interpellation erklärte der Minister, daß die Preiskurve nicht fell nach oben steige, daß man im Gegenteil von einer weiteren Entspannung sprechen könne. Die Regierung sehe keine Notwendigkeit, gesetzgeberische Vollmachten zu erbitten, um auf die Preise einzuwirken. Weiter betonte der Minister, daß der Reparationspolitische Ausschuss kein Anknüpfungspunkt auf Grund des Memorandums des Reparationsagenten sei, sondern, daß er schon im Juli vorgegeben wurde. Nach seiner Einsetzung sei eine weitgehende Veruhigung in den Reparationsfragen eingetreten.

Präsident **Wöbe** teilt mit, daß die kommunistische Fraktion ein **Mißtrauensvotum** gegen die Reichsregierung eingebracht habe.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns

beantwortete den zweiten Teil der sozialdemokratischen Interpellation, die sich mit Fragen der Lohnpolitik, der sozialen Renten und mit den für die Fürsorge maßgebenden Bestimmungen beschäftigte. Der Nachdruck liege auf den Fragen der Lohnpolitik. Bekanntlich habe die aufsteigende Konjunktur des letzten Jahres auch eine beträchtliche Steigerung der Löhne zur Folge gehabt. Der Minister betonte ausdrücklich den Zusammenhang zwischen

Lohnsteigerung und Konjunktur.

Da jede behördliche Einwirkung auf die Lohngestaltung ihrer Natur nach begrenzt sei, seien die Behörden nicht in der Lage, die Lohnentwicklung maßgebend zu bestimmen. Deshalb bestünde der Einfluß des Arbeitsministeriums zumeist nur in einer vermittelnden Tätigkeit bei freien Verhandlungen, und Verbindlichkeitsklärungen seien nicht die Regel. Man könne feststellen, daß sich das Niveau des Reallohnes der deutschen Arbeiterklasse, im Durchschnitt gesehen, ebenfalls gebessert habe. Man müsse aber berücksichtigen, daß in so kurzer Frist nicht alle Schäden der Vergangenheit wettgemacht werden könnten. Wenn dies bezüglich der Lohnhöhe gelte, so müsse es natürlich auch hinsichtlich des Unternehmergewinnes und der Kapitalanlage gelten. Auch die

Sozialrenten,

erklärte der Minister weiter, hätten in letzter Zeit eine teilweise beträchtliche Erhöhung erfahren, und zwar in einem solchen Umfange, daß die Beitragskraft der Versicherten und der Unternehmer wie auch die Leistungsfähigkeit des Reiches äußerst angepannt worden seien. Auch die Bezüge der Angestellten hätten sich wesentlich verbessert. Auf die Bezüge der Fürsorgeempfänger stehe der Reichsregierung nur ein beschränkter Einfluß zu, da die Durchführung der öffentlichen Fürsorge Sache der Länder sei. Auch für die Kleinrentner seien die im Ausschuss angeforderten Hilfsmaßnahmen bereits eingeleitet. Der Minister verwies weiter auf die Verbesserung der Bezüge der Kriegsbeschädigten, die gegenwärtig im Ausschuss beraten werde. Er ging dann auf den Kampffonds ein, der kürzlich von der Schwerindustrie gegründet worden sei, und betonte, daß Rüstungen für eventuelle Arbeitskämpfe ein Recht seien, das ebensowenig bestritten werden könne wie der Arbeitskampf selbst. Zum Schluß erklärte der Minister, daß die deutsche Sozialpolitik trotz der ungewöhnlichen Schwierigkeiten der Nachkriegszeit in wenigen Jahren Leistungen vollbracht habe, welche die Taten von Jahrzehnten der Vorkriegszeit weit übertreffen.

Die Novelle zum Versorgungsgesetz im Kriegsbeschädigtenauschuss.

Berlin, 1. Dezember. Im Kriegsbeschädigtenauschuss des Reichstages wurde heute die zweite Lesung der Novelle zum Versorgungsgesetz im wesentlichen nach den Beschlüssen der ersten Lesung erledigt. Mit knapper Mehrheit wurde ein Antrag angenommen, den Hinterbliebenen ein Sterbegeld zu gewähren.

Die Faschistenherrschaft in Südtirol.

Einer Meldung aus Innsbruck zufolge, bestimmt eine Verordnung der faschistischen Behörden in Südtirol, daß in den Gasthäusern mindestens ebenso viele italienische Zeitungen ausliegen müssen wie deutsche. Auch in den Bibliotheken sollen nach einer bestimmten Frist ebenso viele italienische wie andere Werke zur Verfügung stehen.

Eine polnische Nichtswürdigkeit.

Kattowitz, 2. Dezember. Der Gemeindevorsteher von Groß-Bielar hat die Gewährung einer Kartoffelbeihilfe an den arbeitslosen Chemann der Zeitungsträgerin der Kattowitzer Zeitung verweigert, mit der Begründung, daß die Ehefrau durch die Verteilung dieser Zeitung eine staatsfeindliche Handlung begehe und deshalb der Chemann nicht würdig sei, Kartoffeln aus der allgemeinen Beihilfe zu erhalten. Gegen diese Maßnahme ist bei den zuständigen Stellen Beschwerde eingelegt worden.

Manöverunglück in Dänemark.

Kopenhagen, 1. Dezember. Während einer Militärübung bei Aarhus fiel eine Leuchtrakete mitten in eine Koppel Pferde. Die Tiere wurden von einer Panik ergriffen, rissen sich los und rasten in wildem Galopp in die Stadt, wo sie unter den Straßenpassanten Schrecken und Verwirrung hervorriefen. Die wildgewordenen Pferde haben die Strecke von sieben Kilometern in der Rekordzeit von wenig mehr als zehn Minuten zurückgelegt.

zweifeln handelt, diese unsagbare Angst vor der kommunistischen Propaganda auf der einen Seite und die Schaffung täglich neuer Kommunisten aus Verzweiflung auf der anderen, das ist die lächerliche Folge dieses grausamen Schicksals.

Man muß diese Vermissen gesehen haben in ihren Hütten und Buden, ihren Zelten, ihren Gassen, auf denen sich ihr Leben abspielt. Was nützt ihnen, den ewig Wartenden, den Darben, die große Tat, die sich in der Siedlung einer Million ihrer Brüder ausdrückt. Das Vorhandensein der unglücklich Wartenden ändert nichts an der Größe des gewaltigen griechischen Siedlungswerkes, aber es ist das grausamste Beispiel der Neuzeit für den fürchterlichen Mangel an Verantwortungsgefühl politischer Kreise. Dieser Herd der Armut und Verzweiflung, der sich in Athen und Piräus, in Saloniki und Patras täglich mehr dem Kommunismus zugänglich erweist und erweisen muß, ist nicht etwa nur eine Gefahr für Griechenland, ist eine Gefahr für Europa überhaupt. Denn was hier zu sehen ist, zeigt eine Folge politischer Auffassungen, wie sie grausamer nicht gedacht werden können.

Die griechische Politik hat Schiffbruch gelitten. Darüber kann kein Zweifel mehr herrschen: die Nachbarn im Norden, Jugoslawien und Bulgarien, verärgert, der Handelsvertrag mit Jugoslawien eine verkappte Annahme für Griechenland ungünstiger Bedingungen, der Nachbar im Osten, die Türkei, immer noch im scharfen Widerspruch, die lange versprochene Anleihe wieder verschoben. Kann sich jemand wundern, daß unter solchen Umständen das Glend revolutionäres wird, daß jeder Versprechende Glauben, jeder Umsturz Anhänger findet? Mitten im Körper eines aufblühenden Staates, eines fleißigen, intelligenten Volkes lebt das Geschwür der unsagbaren Armut, des schreienden Elendes der Bewohner von Hütte und Zelt, der Lehmbeholder, der Anlagenden. Wenn die Zelte unter Wasser stehen, die Hütten fortzuschwimmen drohen, kein Ofen wärmt, kein Brot zu verdienen ist, Frau und Tochter leichtlebiger werden — wenn die Krankheiten die Alten fortkaffen und die Kinder befallen, wenn Pest und Cholera drohen, werden dann die Hüter der Verträge und Anleihen an ihre Opfer denken? Oder werden sie warten, bis, gerieben von Hunger und Verzweiflung die Opfer ihrer gedanken und sich zusammenscharen zur mörderischen Anleihe, um dann womöglich als freche Revolutionäre und Umstürzler zusammengepflochten zu werden?

Wo bleibt der humanitäre Geist des Genfer Bundes, den in diesem Falle die von Griechenland immer so gepriesenen Freunde Frankreich und England darstellen? Frankreich hat aus politischen Erwägungen die neue Anleihe vorläufig zum Scheitern gebracht, seine Vasallen in Griechenland haben jeden anderen Weg abgelehnt als den über eben diese Anleihe. Menschlichkeit aber hat von vornherein die Dreiteilung dieser Anleihe abgelehnt, die zu einem Drittel zur Stabilisierung der Währung, zum zweiten zum Ausgleich des Budgets, zum dritten endlich für die „Etablierung“ der Flüchtlinge verwendet werden soll. Alles Politische mag Zeit haben — die dreihunderttausend Opfer der Weltpolitik aber schreien nach Gerechtigkeit und Menschlichkeit. Der Winter wird sie zwingen, so oder so: Was nicht verreckt, wird zum Heere des Kommunismus stoßen. Hunderttausende. Frische Rekruten für Moskau — dank Genf, Paris und griechischer Parteilichkeit.

Polnische Ausfälle gegen Litauen.

Pilsudski über **Woldemaras**.

Der polnische Ministerpräsident, **Marschall Pilsudski**, wandte sich in überaus scharfen Ausdrücken gegen den litauischen Ministerpräsidenten **Woldemaras**, dem er die Zurechnungsfähigkeit absprach. Er ging hierin so weit, daß er gegenüber von Beschwerden **Woldemaras**' behauptete, sie stammten aus dem Geiste derjenigen, deren **Wolynsk** das Irrenhaus sei. Wenn ich hinzusetze, erklärte **Pilsudski** weiter, daß dieser litauische Überpatriot sich lange Zeit als Russe und später als Deutscher ausgegeben hat und erst zum Schluß als Litauer aufgetreten ist, dann wird jeder zugeben müssen, daß wir es hier mit einem pathologischen Phänomen zu tun haben.

Schließlich appellierte **Pilsudski** an seine Mitbürger, der gegen Polen gerichteten Drohung mit Ruhe und Mäßigung zu begegnen, und forderte sie auf, den zahlreichen litauischen Flüchtlingen, die vor dem Anglied in ihrer eigenen Heimat flüchteten, Gastfreundschaft und Hilfe zu erwählen.

Erdrückung Litauens.

Außenpolitische Gefahren.

Kowno, 1. Dezember. Nach den hier vorliegenden Informationen wird man es als feststehend betrachten müssen, daß Litauen von England und Frankreich während der Genfer Verhandlungen bestimmt werden soll, seine Ansprüche auf das von Polen annektierte **Wilna**-Gebiet künftig auch in tatsächlicher Hinsicht aufzugeben. In gewissen Kreisen **Kownos** glaubt man zwar noch, daß **Woldemaras**, der die Sache Litauens in Genf persönlich vertritt, stark genug sein werde, um ein solches Ansuchen abzulehnen, doch sprechen alle Anzeichen dafür, daß die Westmächte ihren ganzen Einfluß aufzubieten werden, um ihn zum Nachgeben zu bewegen. Innerpolitisch würde sich Litauen in diesem Falle vor bedeutsame Ereignisse gestellt sehen. In eingeweihten Kreisen glaubt man nämlich, daß **Woldemaras** kaum noch als Ministerpräsident nach **Kowno** zurückkehren würde. Seine Nachfolger aber, als die jetzt schon der Staatspräsident **Smetona** und vor allem der jetzige Gouverneur des Memelgebietes, **Oberst Merkys**, genannt werden, würden eine direkte Verantwortung für eine solche Entscheidung in Genf nicht zu tragen brauchen, diese aber als eine gegebene Tatsache anerkennen müssen. In außenpolitischer Hinsicht würde dies für Litauen bedeuten, daß Polen nunmehr in der Lage sein würde, Litauen auf friedlichem Wege zu durchdringen und es für den Plan einer polnisch-litauischen Union gefügig zu machen. Die Verantwortung für eine solche Entwicklung trüge dann nicht mehr Polen, sondern der **Wolterbundsrat**. Ein Interesse Englands hieran scheint jedoch sowohl in wirtschaftlicher Beziehung als auch im Hinblick auf Sowjetrußland gegeben. Frankreich seinerseits könnte hiervon eine wesentliche Stärkung seines Einflusses durch seinen polnischen Bundesgenossen im gesamten Randstaatengebiet erhoffen. Es ist aber nicht zu verkennen, daß eine solche von den Westmächten offenbar begünstigte Perspektive die Errichtung einer Barriere zwischen Deutschland und der Sowjetunion bedeuten würde. Daß **Rußland** solchen Bestrebungen keineswegs teilnahmslos gegenübersehen gewillt ist, hat bereits die bekannte russische Note bewiesen. Aus den gleichen Erwägungen heraus aber würde eine deutsche Mitverantwortung an der gekennzeichneten Entwicklung, sei es innerhalb des **Wolterbundsrates**, sei es in einer von England und Frankreich gewünschten besonderen Kommission, abgelehnt werden müssen.

Woldemaras Abreise nach Genf verschoben.

Kowno, 1. Dezember. Die Abreise **Woldemaras** nach Genf ist um einen Tag verschoben worden. Offiziell wird die aus polnischer Quelle stammende Nachricht dementiert, als ob **Wolde-**